

85. Sitzung

am Dienstag, dem 16. November 1965, 9 Uhr
in München

Geschäftliches	3155
Umbesetzung der Ausschüsse	3155
Aussprache über die Haushaltsrede des Herrn Staatsministers der Finanzen	
— Fortsetzung —	
Fink Hugo (CSU)	3155
Dr. Eberhard (CSU)	3164
Staatsminister Dr. Pöhner	3166
Nächste Sitzung	3170

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 1 Minute.

Präsident Hanauer: Ich eröffne die 85. Sitzung des Bayerischen Landtags.

Ich hoffe auf stetig zunehmenden Zustrom der Mitglieder des Hohen Hauses und übergebe die Liste der entschuldigten Kollegen zu Protokoll.*)

Vorher eine Mitteilung! Die Landtagsfraktion der FDP teilt mit, daß für den Herrn Abgeordneten Dr. Albrecht Haas der Herr Abgeordnete Winfried Wachter als Mitglied des Ausschusses für Haushalt und Finanzfragen nominiert ist. Der Herr Abgeordnete Wachter scheidet aus dem Ausschuß zur Information über Bundesangelegenheiten aus. An seine Stelle tritt der Herr Abgeordnete Georg Schwab. — Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

*) Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschuldigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Muth, Plank, Dr. Rothemund, Dr. Seidl, Sichler.

Ich rufe wieder auf den Punkt 1:

Aussprache über die Haushaltsrede des Herrn Staatsministers der Finanzen

Wir setzen die Aussprache fort. Als nächster Redner hat das Wort der Herr Abgeordnete Fink. Ich erteile ihm das Wort.

Fink Hugo (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute die Haushaltsrede des Herrn Finanzministers zu besprechen. Ich möchte sagen, diese Rede war gut. Allerdings möchte ich sie so werten, wie ich es jetzt nachfolgend Ihnen aus einem kleinen Erlebnis schildere: Ich war einmal an einem Silvesterabend im Theater. Am Ende der Vorstellung sind die Schauspieler gruppenweise oder einzeln vor den Vorhang getreten und haben einem geneigten Auditorium gute Wünsche zum neuen Jahr dargebracht. Unter anderem trat einer vor und sagte: „Das zurückliegende Jahr war gut, doch so gut, daß man sagen könnte, es war sehr gut, so gut war es hinwiederum nicht.“ Auf den Haushalt und die Rede des Herrn Finanzministers angewendet: Seine Rede war gut, aber so gut, daß man sagen könnte, sie war sehr gut, so gut — möchte ich sagen — war sie hinwiederum nicht.

(Sehr gut! bei der CSU)

Daran ist der Herr Finanzminister selbst nicht schuld; denn er hat immerhin mit lobenswertem Geschick dieses Haus mit **Fakten** vertraut gemacht, die einfach der Natur nach und aus der Sache heraus recht schwierig sind. Er hat also eine lobenswerte Rede gehalten und er hat mit gedämpftem Optimismus diesem Hause das gesagt, was nun einmal gesagt werden muß, dabei in nüchterner und realistischer Einschätzung der Situation. Ich habe mich darüber besonders gefreut; denn gerade das Zahlenwerk des Haushalts ist ja emotionalen Regungen sehr wenig zugänglich. Vor allem, verehrter Herr Kollege Gabert — ich habe es Ihnen gestern schon gesagt —, habe ich mich eigentlich gewundert, mit welcher Vehemenz und mit welchem Temperament Sie gestern in die Betrachtung des Haushalts hineingegangen sind. Und doch begegnen wir in diesem Haushaltswerk einer, ich möchte fast sagen, Herr Minister, ins Irrationale gesteigerten Wertung, wenn Sie vom Haushaltsbuch als dem „**Schicksalsbuch des Volkes**“ sprechen. Ich weiß nicht, Herr Staatsminister, ob hier noch gewisse Relikte aus der gehobenen Atmosphäre des Salvatorplatzes nachgewirkt haben. Aber immerhin möchte ich sagen, ich würde nicht so weit gehen und einem Haushaltsbuch den Rang schicksalhafter Ordnung zuerkennen. Das Wort vom „Schicksal“ ist überhaupt eine sehr vage und fragwürdige Sache. Sagen wir Fatum, meine Damen und Herren, und schon sind wir ganz nahe beim Wörtchen „fatal“, und das wollen wir insbesondere im Zusammenhang mit diesem Haushalt sehr vermieden wissen.

(Abg. Dr. Merk: Sehr genau!)

Meine Damen und Herren! Ich habe als junger Student einmal eine Arbeit geschrieben und mich

(Fink Hugo [CSU])

schon damals mit dem Wort von der „Wirtschaft als Schicksal“ beschäftigt. Sie kennen dieses Wort, das im übrigen auch der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung gebraucht hat, Sie kennen dieses Wort von Walter Rathenau, der als erster meinte, daß die Wirtschaft unser Schicksal sei.

Lassen Sie mich als Vorbemerkung ein Wort dazu sagen: **Wirtschaft**, meine Damen und Herren, ist nur ein Bereich — ich habe das früher schon einmal ausgeführt —, in dem sich menschliches Tun und menschliche Tätigkeit vollzieht. Wirtschaft ist notwendig für die Bedarfsdeckung und Existenzsicherung des menschlichen Lebens. Ich meine aber, wir sollten es dabei belassen und nicht zulassen, daß etwa die Wirtschaft zum Schicksal der Menschen würde. Das wäre letzten Endes der Sieg eines rationalistischen und materialistischen Denkens über den Geist. Sicher ist der Haushalt heute und sicher ist die Wirtschaft von großem Gewicht. Ob es uns gut geht oder schlecht, ob wir arm sind, ob reich, ob wir im Politischen stark sind oder schwach, das hängt alles mehr oder weniger von einer funktionierenden und geordneten Wirtschaft ab. Wir sehen ja, was wir alle im Wiederaufstieg erlebt haben und was wir alles an Wohlergehen einer geordneten Wirtschaft verdanken. Aber von schicksalhafterm Gewicht, möchte ich sagen, ist weder die Wirtschaft noch ein Haushalt. Denn ich meine, daß sie beide unserer gestalten- und formenden Kraft zugänglich sind. Das trifft natürlich und im besonderen auch für den Haushalt zu. Er hat eine **dienende Funktion** und ist nicht Schicksalsbuch der Nation und des Volkes. Er ist ein Objekt der Gestaltung und, meine Damen und Herren, die Gestaltenden unseres Haushalts sind ja wir selbst; auf der einen Seite die Regierung, die diesen Haushalt vorlegt, und auf der anderen Seite das Parlament, zu dessen obersten und höchsten Aufgaben die Bewilligung der Ansätze des Haushalts gehört.

Lassen Sie mich hier gleich eine grundsätzliche Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Gabert machen, der sich gestern in der Bewertung der Stellung von Regierung und Opposition gegenüber früher widersprochen hat. Ich erinnere mich sehr gut, sehr geehrter Herr Kollege Gabert, daß Sie es mit allem Nachdruck zurückgewiesen haben, wenn etwa einmal der Verdacht aufgekommen ist, daß die die Regierung tragenden Parteien mit der Regierung selbst zu identifizieren seien. Sie haben immer gesagt, die **Verantwortung** für alle Vorgänge in diesem Staat tragen wir gemeinsam, Regierung und Opposition. Und zu diesem Haushalt haben Sie gestern gesagt, mit diesem Etat, den die Regierung vorgelegt hat, wollen wir nichts zu tun haben; das ist Eure Verantwortung, wir werden uns beherrschen, wir werden uns hüten, für diesen Etat oder was letzten Endes daraus wird, die Verantwortung zu übernehmen! Ja, entweder ist die Verantwortung ganz und ungeteilt, die wir alle hier gemeinsam tragen, dann gilt dies auch für den Etat.

(Beifall bei der CSU)

oder es gibt eben doch eine geteilte und zweifache Verantwortung.

Nun, meine Damen und Herren, im Mittelpunkt aller unserer Überlegungen steht selbstverständlich das Problem der **Erhaltung der Sicherheit der Währung** und ihre Stabilität. Das ist unsere Aufgabe und das ist unsere Scylla und Charybdis, das ist das, wo wir durch müssen: hier das Notwendige zu tun und das Erreichte nicht zu gefährden.

Ich weiß, Herr Staatsminister, um noch einmal auf das Wort vom Schicksalsbuch des Volkes zurückzukommen, daß Sie dieses Wort natürlich auch nicht so gemeint haben, daß es zu philosophischen Betrachtungen Anlaß geben könnte. Sie wollten uns eben einfach sagen, daß dieser Haushalt von starkem und besonderem Gewicht sei, und Sie wollten damit gleichzeitig unterstreichen, welche **besondere Verantwortung** wir für diesen Haushalt tragen. Wenn wir das daraus erkennen, meine Damen und Herren, so ist es gut. An einer weiteren Stelle, Herr Staatsminister, sprechen Sie davon, daß Ihnen der **Humor** bei der Aufstellung dieses Etats gründlich vergangen sei. Ich darf mich dem Herrn Kollegen Gabert anschließen und sagen, wir würden es sehr bedauern, wenn wir auf die Dauer Ihren so bewährten, netten und gerühmten Humor vermissen müßten. Aber es ist ja auch gar nicht so. Sie haben letzten Endes diesen Humor wieder gefunden, und zwar am Ende Ihrer Rede, als Sie historische Gestalten in diesen Saal hereinmarschieren ließen und mit diesen Schilderungen und Darstellungen Ihr Auditorium zu wahren Begeisterungs- und Beifallsstürmen hingerissen haben. Mit diesen Beifallsstürmen, die Ihrer Rede gezollt wurden, haben Sie alles hinweggefegt, was Sie uns in einer einstündigen Rede vorher — und das war sehr geschickt — an Ernstem, Sorgenvollem und Bedrückendem gesagt haben.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich beim Haushalt selbst. Was ist es an diesem Haushalt, was uns so bedrückt, und was ist es, was uns freut? Beim ersten, was uns bedrückt, muß naturgemäß bei der Behandlung eines solchen Haushalts im Mittelpunkt aller Ausführungen die Frage der **Ausweitung des Etats** stehen. Sie ist das zentrale Thema der öffentlichen Diskussion. Wer hätte vor einigen Jahren noch gedacht, daß die Öffentlichkeit Haushaltsfragen, also dem sehr nüchternen Zahlenwerk der öffentlichen Haushalte, der Sorge um die Aufrechterhaltung der Stabilität, Geldwert und Währung so großes Interesse entgegenbringt. Sie wissen, daß zu Beginn dieses Jahres eine Meinungsumfrage stattgefunden hat, bei der die Bundesbürger zu 67 % gesagt haben, das sei ihr zentrales Anliegen, das sei das Wichtigste. Sie wissen auch, wie die politischen Parteien sofort auf diese Linie eingeschwenkt sind. „Unsere Sicherheit“ haben wir gelesen, „Sicher ist sicher“ und was alles noch. Und dann haben wir alle im vergangenen Bundestagswahlkampf heilige Eide, möchte ich sagen, geschworen, die Geldwertstabilität zu erhalten, also den Geldwert zu sichern.

Meine Damen und Herren! Wie ist das jetzt aber mit unserem bayerischen Haushalt 1966? Haben wir Maß gehalten, ist die Ausweitung über die

(Fink Hugo [CSU])

reale Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts hinaus vertretbar, wie stehen wir im Vergleich zu anderen da? Ich will versuchen, diese Fragen sehr ruhig und nüchtern zu beantworten. Dabei stelle ich fest:

1. Die Ausweitung des Etats über die reale Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts hinaus, die man etwa mit 7,5 bis 8 Prozent annehmen kann, liegt nach dem vorhin Gesagten an sich nicht mehr im Rahmen des Zulässigen. Sie ist irgendwie für uns alle schockierend, wenn sie in diesem Umfang erfolgt, bedarf sie eingehender Begründung.

2. Diese Ausweitung der Zuwachsrate ist nicht unbedenklich gegenüber dem Bund, der bereit ist, wenigstens in etwa in diesem Jahre Maß zu halten. Ich möchte das ausdrücklich feststellen im Hinblick auf die vielfältige Kritik, welche die Maßnahmen des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch gestern in diesem Hause erfahren haben. Wenn der Bund sein Ausgabevolumen bei einer Zuwachsrate von etwa 8,5 Prozent bei etwa 69,4 Milliarden DM einpendeln läßt, so kann man immerhin noch von Maßhalten sprechen, wenn ich auch der Auffassung bin — ich komme darauf noch zu sprechen —, daß diese Rate für den Bund zu hoch ist. Wir haben weiterhin Sorge hinsichtlich der anderen Länder. Ich habe die Befürchtung, daß man uns nicht nur beim horizontalen Finanzausgleich, also im Länderfinanzausgleich, sondern in allen vielfältigen Verhandlungen, wo es um Geld des Bundes geht, unsere sehr hohe bayerische Zuwachsrate um die Ohren schlagen wird.

Und ich möchte als Drittes sagen: Appelle nach unten zum Maßhalten sind dann in ihrem Wirkungsgehalt etwas gefährdet, wenn derjenige, der diese Appelle ausspricht, nicht mit gutem Beispiel vorangeht. Ich meine, meine Damen und Herren, soviel müssen wir auf jeden Fall einmal feststellen. Ich würde hier vor Ihnen wohl unglaublich erscheinen, wenn ich mir nicht die Freiheit nähme, das zu sagen, was ich in dieser Beziehung empfinde. Aber — und nun kommt das große Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren! — ich habe bereits gesagt, wir können und dürfen mehr tun, wenn wir in der Lage sind, solches Tun auch zu begründen. Ich will jetzt den Versuch unternehmen, wie in den vergangenen Jahren, wo ich herauszustellen versuchte, daß wir uns noch nicht und keinesfalls in einer inflationär gefährlichen Entwicklung befinden, darzustellen, daß dieser bayerische Haushalt in etwa doch begründet und vertretbar ist.

Der Herr Finanzminister hat zunächst einmal selbst entsprechende Hinweise gegeben, die wir nicht von der Hand weisen können und die mir immerhin doch eine beachtliche **Begründung** abzugeben scheinen. Der Herr Finanzminister hat gesagt — ich zitiere wörtlich —: „Ich möchte die warnenden Stimmen gewiß nicht gering achten, die darauf hinweisen, daß die Steigerung der öffentlichen Haushalte die Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts nicht überschreiten darf. Die-

se Steigerungsrate ist sicher ein wichtiger Anhaltspunkt für die Gestaltung der öffentlichen Haushalte insgesamt. Es kann ihr aber doch nicht die Bedeutung einer gleichsam magischen Grenze für die jeweilige jährliche Veränderung des Volumens eines einzelnen öffentlichen Haushalts zuerkannt werden.“

Meine Damen und Herren! Damit befindet sich der Herr Finanzminister in Übereinstimmung mit dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation, wo ausgeführt ist, daß es zur Bewältigung der Erfordernisse einer langfristigen Vorsorge in den Bereichen des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, des Straßenbaues und anderer wichtiger Grundlageninvestitionen wohl notwendig werden könne, den Zuwachs der öffentlichen Ausgaben einmal in einem Jahr oder für mehrere Jahre über den gesamtwirtschaftlichen Zuwachs der Nachfrageexpansion hinaus auszuweiten. Das ist eine sehr vernünftige, eine sehr gewissenhafte, eine begründete Überlegung, die wir, glaube ich, nicht so ohne weiteres vom Tisch wischen können.

Das zunächst als zusätzliche Feststellung, darüber hinaus habe ich gesagt, daß die Ausweitung des Etats etwa gegenüber den anderen Ländern nicht unbedenklich sein könnte. Herr Kollege Gabbert hat gestern das Land Baden-Württemberg zitiert. Ich möchte aber hierzu sagen, daß die Situation der beiden Länder — und Sie werden mir recht geben — von Haus aus in ihrer Struktur, in der Größe und in den besonderen Aufgaben dieser Länder nur sehr schwer verglichen werden kann. Ich bin der Meinung, wenn Baden-Württemberg in dem Sparsamkeitsdrang und Sparsamkeitwillen, der die Württemberger seit eh und je auszeichnet, in der Lage war, den Etat noch zu senken, daß das nicht unbedingt für uns zur Richtschnur genommen werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesem Jahr tritt zum erstenmal ein neuer Begriff auf. Jede Zeit prägt ja ihre Begriffe; sie kommen und sie gehen. Und so haben wir in der Haushaltspolitik den neuen Begriff der **Grundlageninvestition**. Ich muß sagen, es ist eine vernünftige Sache, Grundlageninvestition zu betreiben. Es sind dies alle Fragen des Bildungswesens, der Wirtschaftsstruktur, des Verkehrs mit allen seinen Problemen, der Lebensvorsorge für junge und alte Menschen, der Versorgung des kranken Menschen, die Probleme der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Fragen der Reinhaltung der Gewässer und der Luft: moderne Zeitprobleme, denen wir gegenübergestellt sind, und vieles andere mehr. Und da, meine Damen und Herren, sind wir genau bei den **Schwerpunkten** unseres Haushalts 1966.

Wenn wir auf diesem Gebiet mehr tun als vielleicht erlaubt, so antizipieren wir, weil wir die Grundlagen jetzt in dieser Zeit wohl auf Jahrzehnte hinaus legen müssen — mit Sicherheit, wenn ich an den Hochschulbereich denke —, Ausgaben, die wir an sich etwas später tun müßten. In der gestrigen Aussprache wurde der brave Haus-

(Fink Hugo [CSU])

vater beschworen, der recht und schlecht sehen muß, wie er mit seinem Einkommen auskommt, damit er nicht in gefährliche Schulden gerät. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn dieser Hausvater aber darangeht, in längere Zeiten hinein zu planen, wenn er sich ein Grundstück kaufen oder ein Haus bauen will, dann wird er das auch nicht alles auf einmal bezahlen können, sondern er wird Hypotheken aufnehmen, wie das zu allen Zeiten so war. Er wird die Zukunft antizipieren; und er wird diese Grundlagen für seine Existenz, für seine Familie eben auf anderen Finanzierungswegen treffen müssen. Und so geht es doch wohl auch mit einem Staat, der darangeht, die Zukunft haushaltsmäßig in Zahlen umzusetzen und solche Probleme in Angriff zu nehmen. Dabei, meine Damen und Herren, ist freilich neu, daß man in den Begriff der Grundlageninvestitionen die Bildung und Ausbildung mit hereinnimmt, ja, daß sie in diesem Bereich, vor allem auch gerade im Haushalt 1966, eine Dominante bilden.

Meine Damen und Herren, ein zweites zur Begründung, warum wir vielleicht etwas mehr tun können. Sie heißt: Wir befinden uns in einer **besonderen Situation**. Wir betreiben nicht nur Grundlageninvestition, wir beginnen nicht nur ganz große und in die Zukunft weisende Werke, sondern wir haben schlechthin eine andere Situation. Denken Sie etwa an die besonderen Strukturprobleme der bayerischen Wirtschaft — ich brauche sie im einzelnen nicht aufzuzählen —, durch die unser Wirtschaften — deswegen sind wir ja auch noch immer ein nehmendes Land — wesentlich schwieriger ist als bei anderen Bundesländern. Denken Sie an die besonderen Strukturprobleme unserer bayerischen Landwirtschaft. Wir müssen eben aus der besonderen Natur und Situation heraus etwas Besonderes tun. Und wenn wir hier für eine lange Zukunft und für eine lange Entwicklung Grundlagen legen, so wird es unausbleiblich sein, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt eben auch Mittel im entsprechenden Umfang bereitzustellen sind. Es ist eine besondere bayerische Aufgabe, die hier zu lösen ist.

Meine Damen und Herren, ich habe in einem der letzten Kommentare unseres verehrten Rundfunkvertreters hier im Bayerischen Landtag eine Untersuchung gelesen, ob wohl das bayerische Gewicht bei der gegenwärtigen Bundesregierung noch so stark sei wie früher, wobei er zu einer negativen Beurteilung gekommen ist. Ich möchte dazu selbst nichts sagen. Ich möchte aber feststellen, daß gerade dieser große Tatwille der Bayerischen Staatsregierung, diese Grundlageninvestitionen zu betreiben, diese großartige Bildungsoffensive, die wir in Bayern entwickelt haben und starten, in unerhörter Weise weit über Bayern hinaus gewirkt und Bayern ein Gewicht in der öffentlichen Diskussion verschafft haben, das sicher zu einer sehr erheblichen und bedeutenden Repräsentanz des bayerischen Gestaltungswillens in der Öffentlichkeit geführt hat.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Gabert, auch die bayerische Strukturpolitik und die Wirtschaftspolitik, die wir betreiben, sind beispielhaft und sind anerkannt. Manche haben schon den Herrn Wirtschaftsminister Dr. Schedl gefragt: Sagen Sie mal, wie haben Sie das eigentlich gemacht?

(Zurufe von der SPD — Beifall bei der CSU)

In der Frage der Ausweitung dieses Etats waren Sie, Herr Kollege Gabert, ja sehr vorsichtig. Herr Kollege Wachter — da hinten sitzt er ja, er ist da — ist etwas fortiter in die Dinge hineingegangen. Wenn sich aber hier in diesem Hause eine wirkliche Stimme der Kritik erheben sollte, würde ich nur sagen: Ja, meine Damen und Herren, wir haben das doch alles so beschlossen, wir haben es doch alle so gewollt.

(Beifall bei der CSU — Zurufe von der SPD)

— Meine Damen und Herren! Es sind viele Dinge, die wir beschlossen haben und die jetzt einfach Geld kosten.

(Frau Abg. Laufer: Der Haushalt ist noch nicht beschlossen!)

— Ich rede jetzt beispielsweise von der Besoldungsnovelle und von all den Dingen, die wir beschlossen haben. Man muß, wenn man einmal A gesagt hat, dann auch B sagen. So gilt das auch für viele Dinge. Wenn es also — so möchte ich sagen — Sünder gibt in dieser Frage, dann sind wir es allesamt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit darf ich abschließend und in gedrängter Zusammenfassung doch wohl die Feststellung treffen, daß die Ausweitung des Etats in diesem Umfang und der Sache nach uns zwar einen gewissen Optimismus abverlangt, ohne den es nun einmal im Leben und auch in der Politik nicht geht, daß dieser Haushalt aber auch in der Zuwachsrate begründet und vertretbar ist. Aber, meine Damen und Herren, die Decke ist erreicht; daran ist gar kein Zweifel. Ich sage das im Hinblick auf mögliche **Anträge**, die darauf abzielen könnten, diesen an die äußerste Grenze ausgeweiteten Etat etwa noch weiter auszuweiten. Ich habe hier eine Aufstellung der Anträge, die zum Etat 1966 vorliegen. Ich freue mich feststellen zu können, daß es bisher nur 16 sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Eisenmann)

— Ja, ich vergesse es nicht, Herr Kollege Dr. Eisenmann.

(Abg. Gabert: Es kommen noch einige!)

Sonst hatten wir allein zum Kultushaushalt 70 bis 80, zum Innenetat 30 bis 40, insgesamt also weit über 100 Anträge vorliegen. Es zeigt sich heuer also ein sehr beachtliches Maßhalten in diesem Hohen Hause. Ich darf Ihnen als Sprecher der CSU-Fraktion bekanntgeben, daß die Fraktion beschlossen hat, keinerlei Anträge zum Haushalt 1966 einzubringen, die eine Erhöhung der Ausgaben zur Folge hätten.

(Abg. Gabert: Es sind schon einige da, Herr Kollege!)

Die vorliegenden 16 Anträge sind schon sehr alt.

(Abg. Gabert: Und die Gesetzentwürfe der CSU?)

(Fink Hugo [CSU])

— Herr Kollege Gabert, Sie wissen als langjähriger stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses, daß dies alte Anträge sind und daß sie auch keine wesentlichen finanziellen Auswirkungen haben werden.

(Abg. Gabert: Doch, einige Millionen DM, Herr Kollege!)

Auf jeden Fall ist das eine großartige und beispielhafte Angelegenheit, für die ich dieser Fraktion danken darf. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so einfach war das gar nicht zu bewerkstelligen. Ich habe zusammen mit dem Herrn Finanzminister um diesen Erfolg — und es ist doch, möchte ich sagen, ein echter Erfolg — sehr hart gekämpft. Ich habe persönlich manche nicht sehr schmeichelhafte Bezeichnung dabei einstecken müssen, aber mir war es die Sache wert. Nachdem Herr Kollege Wachter gestern sagte, daß auch die FDP das Gleiche tun wolle, werden wir ja bei den Haushaltsberatungen wahrscheinlich nicht nur sehr zügig arbeiten können, Herr Kollege Gabert, sondern wir werden wohl auch erfreulicherweise nicht in die Gefahr geraten, diesen Etat noch mehr auszuweiten. Deshalb möchte ich jetzt den übrigen Kollegen des Hauses, vornehmlich den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Fraktion, sagen: Vivat sequentes! — Sie sind am Zug! Wenn sich zwei Fraktionen dieses Hauses dieses Maßhalten auferlegen und keine Erhöhungsanträge einbringen, dann darf ich an Sie von dieser Stelle den Appell richten, das gleiche zu tun.

(Beifall bei der CSU — Zurufe von der SPD)

Dabei ist mir selbstverständlich klar — das ist mir auch in der Diskussion meiner eigenen Fraktion gesagt worden —: Was ich jetzt sage, könnte so aufgefaßt werden, als wollte man die Initiative, als wollte man die Möglichkeiten dieses Parlaments beschneiden. Das liegt mir bei Gott bei weitem fern.

(Abg. Gabert: Das ist aber die Konsequenz!)

Das ist eine gewisse Schwierigkeit. Aber ich könnte mir denken, wenn man da und dort noch etwas tun will oder glaubt, es unbedingt tun zu müssen, dann sollte es möglich sein ohne echte Erhöhung, sondern durch Einsparungen, durch **Umschichtungen innerhalb des Etats**. Ich meine, wir sind so weit, daß das Parlament die Funktion der Kontrolle des Haushalts wenigstens in diesem bescheidenen Ausmaß einmal ausüben sollte. Das, meine Damen und Herren, wäre, glaube ich, ein wesentlicher Beitrag und eine gute Begleitmusik, möchte ich sagen, zu dem, was wir tun. Ich darf den Kolleginnen und Kollegen, die Anträge zum Etat einbringen werden, jetzt schon sagen: Es wird uns nicht erspart bleiben, in diesem Jahr grundsätzlich die **Deckungsfrage** zu stellen, wie der betreffende Kollege, wie die betreffende Kollegin einen solchen Antrag zu decken gedenkt. Sie haben alle die Entwürfe des Haushalts bekommen. Bitte, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie Anträge einbringen wollen, unterziehen Sie sich

dann auch der Mühe, den Haushalt zu studieren, um etwaige Deckungsmöglichkeiten zu finden!

Lassen Sie mich zu einem anderen Punkt kommen! Selbstverständlich bin ich nicht so — ich möchte fast sagen — naiv zu sagen, daß dieser Haushalt keine **Risiken** enthalte. Noch jeder Haushalt der vergangenen Jahre hat solche Risiken enthalten. Ich möchte nur drei dieser Risiken nennen. Das eine ist die **Schätzung der Steuereinnahmen**. Selbstverständlich ist eine Schätzung über die Vorausschau der Konjunkturforschungsinstitute und des Bundesfinanzministeriums, insbesondere des Ifo-Institutes hinaus nicht ganz unbedenklich. Ich weise Sie aber darauf hin, daß noch jedes Jahr die tatsächlichen Einnahmen höher lagen als die Schätzungen der Ansätze waren. Eine Mehrschätzung der Steuereingänge um 10,1 Prozent ist bei dem relativen Absinken der Ländereinnahmen gegenüber den Bundessteuern selbstverständlich eine **Sache**, die immerhin als Risiko angesehen werden muß. Ein zweites Risiko — Herr Kollege Gabert hat es gesagt und ich möchte es verhältnismäßig schnell übergehen — ist selbstverständlich der **Länderfinanzausgleich**. Es ist die Sache mit dem berühmten lachenden und dem weinenden Auge: Auf der einen Seite freuen wir uns über die Stärkung unserer Wirtschafts- und Steuerkraft, auf der anderen Seite mindern sich unsere haushaltmäßigen Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich. Auch hierin könnte ein kleines Risiko liegen. Das größte Risiko aber, meine Damen und Herren, liegt eben doch in den **Personalkosten**. Hierzu hat Herr Kollege Gabert gestern besondere Ausführungen gemacht. In diesem Zusammenhang muß ich sagen: Selbstverständlich hat Herr Kollege Gabert recht, wenn er sagt, daß der Betrag von 30 Millionen DM für die lineare Besoldungserhöhung des nächsten Jahres nicht ausreichend und wahrscheinlich 95 Millionen DM Ausgaben mehr auf uns zukommen werden, also eine echte Deckungslücke vorhanden ist. Aber Herr Kollege Gabert, der Sie mir jetzt so freundlich und bestätigend zugewandt haben, eines muß ich mit allem Nachdruck zurückweisen, nämlich daß Sie in diesem Zusammenhang den Vorwurf gegen die Staatsregierung erheben, daß sie über diese Zahlen den Haushalt bewußt manipuliert habe.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben dieses Wort vom Manipulieren des Haushalts gebraucht.

(Abg. Gabert: Das stimmt auch!)

Wenn ich etwas „manipuliere“, dann tue ich es natürlich, um es in eine bestimmte Richtung zu bringen. In diesem Fall ist es natürlich eine negative Richtung, die Sie aufgezeigt haben. Ich erinnere Sie, Herr Kollege Gabert, an den langen Weg der Haushaltsaufstellung, der Vorbesprechungen, der Abgleichsverhandlungen. Ich kann nur das eine sagen, daß zum Zeitpunkt — das weiß ich positiv — des Ausdrucks dieses Haushalts diese Ausgaben als rechtlich existent und eintretend — das ist ja eine Vorschrift der Reichshaushaltsordnung — nicht erkennbar gewesen sind.

(Abg. Gabert: Das war bei anderen auch nicht erkennbar, und die sind trotzdem drin!)

(Fink Hugo [CSU])

Sie können deshalb nicht sagen, daß die Staatsregierung, wenn sie diese Ausgaben nicht aufgenommen hat, den Haushalt bewußt manipuliert habe.

(Abg. Gabert: Bewußt! — Zuruf des Abg. Drexler)

Wir haben solche Vorgänge schon oft gehabt. Sie wissen ja, daß zur Stunde erst das Bundeskabinettt die Vorlage dem Bundestag zugeleitet hat.

(Abg. Drexler: Der Kanzler hat es ja schon lange versprochen, vor den Wahlen!)

— Herr Kollege Drexler, wir befinden uns bei Haushaltsfragen, beim Geld, in einer sehr nüchternen Materie mit der Notwendigkeit nüchterner Betrachtung. Ich stelle dabei nochmals fest: Ausgaben sind rechtlich und tatsächlich für uns nur existent, wenn die entsprechende Rechtsgrundlage gegeben ist.

(Abg. Gabert: Vorsicht! Es ist einiges im Haushalt drin!)

— Wenn diese vorhanden ist, werden wir einen Nachtragshaushalt machen und uns den Kopf zerbrechen müssen, wie wir die Deckung finden.

Meine Damen und Herren! Natürlich möchte auch ich nicht vorübergehen an den weiteren Schwierigkeiten dieses Etats. Es ist das Problem, das Risiko und die Bedenklichkeit der Finanzierungsmittel, die wir auch in diesem Jahr anwenden müssen. Zunächst einmal zu den **Bindungsermächtigungen**, die einen Vorgriff auf das nächste Haushaltsjahr darstellen. Ich will nur grobe Zahlen nennen. Wenn wir über eine halbe Milliarde DM solcher Bindungsermächtigungen ausbringen, wird der Spielraum des Haushaltsjahres 1967 entsprechend geringer werden. Auch ich würde es begrüßen, wenn wir den Haushalt abgleichen könnten, ohne weiter die Bindungsermächtigungen in diesem Ausmaße zu erhöhen.

Ebenso problematisch ist die Frage — der Herr Finanzminister hat sie angedeutet — des stärkeren Herangehens an den **Kapitalmarkt**. Wenn wir über eine Milliarde, und es ist mit den Verrentungsprogrammen sogar wesentlich mehr, Geld pumpen müssen und wollen, um diesen Haushalt abzugleichen, so ist das selbstverständlich nach zwei Seiten hin bedenklich. Erstens erhöhen wir den Schuldenstand des Landes Bayern innerhalb eines kurzen Zeitraumes um eine gute Milliarde und noch mehr, zweitens sind wir mit den bisherigen Schuldendienstverpflichtungen, die wir über die Verzinsung und Tilgung in den ordentlichen Haushalten darstellen müssen, bereits an einer Grenze angelangt, die fast nicht mehr überschritten werden kann. Wenn heute 4,5 Prozent des ordentlichen Etats nur dafür ausgegeben werden müssen, um die Schulden vergangener Jahre zu tilgen und zu verzinsen, so sind das wichtige Prozente, die geradezu die manipulierbare Masse eines Haushalts darstellen; sie sind für eine lange Zeit hinaus für Sachausgaben und andere Ausgaben verloren.

Es ist in diesem Zusammenhang betrüblich, daß wir den Rest der **Ausgleichsrücklage** mit 60 Millionen DM ebenfalls zum Ausgleich dieses Haushalts heranziehen müssen. Ich erinnere mich, mit welcher Freude uns der ehemalige Finanzminister, der Herr Präsident der Bayerischen Staatsbank, Dr. Eberhard, immer sagte, er habe es fertig gebracht, heuer noch soundso viel Mark der Ausgleichsrücklage zuzuführen. Diese Ausgleichsrücklage war für schlechte Zeiten bestimmt, und ich möchte mit Nachdruck betonen, an sich schlechtere Zeiten, als wir sie jetzt haben.

Der Herr Finanzminister hat im Zusammenhang mit den aufzunehmenden Kapitalmarktmitteln auch die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt möglich wäre, bei der gegenwärtigen Unergiebigkeit des Kapitalmarktes die erforderlichen Mittel zu beschaffen. Diese Frage kann durchaus gestellt werden. Ich habe hier vor mir eine Mitteilung jüngsten Datums liegen, wonach der Kapitalmarktbedarf allein des Bundes im Haushaltsjahr 1966 auf 2,5 Milliarden DM geschätzt wird. Die zuständigen Stellen des Bundes bemerken dazu, man dürfe den Bund bei seinen Bedürfnissen einfach nicht vom Kapitalmarkt verdrängen. Wir wissen, daß sich der Bund in den vergangenen zehn Jahren verhältnismäßig leicht getan hat. Er war in der Lage, bis vor einigen Jahren seinen Außerordentlichen Haushalt über ordentliche Deckungsmittel ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarktes zu finanzieren.

Wenn allerdings der Herr Finanzminister meint, die Lage des Kapitalmarktes sei katastrophal, so vermag ich ihm hierin nur bedingt und beschränkt zu folgen. Gestört sind nur Angebot und Nachfrage von Geld und Kapital. Unser Kapitalmarkt ist an sich gesund und leistungsfähig. Ich habe hiezu eine Äußerung des Präsidenten des Verbandes öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten, der sagt, die Lage des Kapitalmarktes sei selbstverständlich keineswegs katastrophal; das inländische Kapitalaufkommen an Rentenspapieren habe jeweils in den ersten neun Monaten 1963 10,8 Milliarden DM, 1964 13,3 Milliarden DM, 1965 11,7 Milliarden DM betragen. Das ist eine außerordentlich günstige Struktur des Kapitalmarktes, insbesondere wenn wir noch die Sparquoten dazunehmen. Das ist eine Situation, die es uns erlaubt, von einem leistungsstarken und guten, aber zur Stunde eben durch die hohe Nachfrage stark überforderten Kapitalmarkt zu sprechen. Es ist ein offenes Geheimnis, meine Damen und Herren, daß diese Situation am Kapitalmarkt noch durch den zusätzlichen Kreditbedarf der Wirtschaft verschärft wird. Ich kann das im einzelnen nicht nachprüfen, es wird aber gesagt, daß die Wirtschaft langsam nicht mehr in der Lage sei, ihren Investitionsbedarf auf dem Wege der Eigenfinanzierung, z. T. über die Abschreibung zu finanzieren, sondern ebenfalls benötigt sei, an den Kapitalmarkt heranzugehen, vor allem für die enormen Aufwendungen, die die deutsche Wirtschaft im Zuge der vor uns liegenden Rationalisierung und Automation noch vor sich hat.

(Fink Hugo [CSU])

Eine Stärkung des Kapitalmarkts und ein weiterer erhöhter Zufluß der Mittel ist selbstverständlich nur durch die Einschränkung der Nachfrage und durch Konsumverzicht zugunsten einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft möglich. Daß die gegenwärtige Situation durch restriktive Notenbankpolitik noch verschärft wird, sei nur am Rande vermerkt.

Meine Damen und Herren, nachdem sich Herr Kollege Gabert gestern sehr ausführlich und lang mit Fragen des **Bundshaushalts** und der **Bundespolitik** beschäftigt hat, lassen Sie auch mich dazu einiges sagen: Auch hier stehen wir vor einer außerordentlich schwierigen Situation, sowohl was den Bundshaushalt 1965 und seinen Abgleich betrifft, als auch im Hinblick auf die Zukunft und die gesamte Bundespolitik. Zunächst zum **Abgleich des Bundshaushalts 1965**. Es ist eine große Aufregung entstanden. Die Proteste haben sich gejagt, als die Bundesregierung darangegangen ist, einen Abgleich für 1965 und einen Ausgleich für 1966 zu finden. Ich meine, wir sollten dankbar sein, daß von oben aus mit diesem Problem einmal begonnen worden ist. Welche Kürzungen sind denn für den Bundshaushalt vorgeschlagen worden? Herr Kollege Gabert, Sie haben gestern die Kürzungen beim Verteidigungshaushalt erwähnt. Ich habe hier eine Aufstellung: Verteidigungshaushalt 900 Millionen DM. Niemand wird einen Vorwurf daraus machen, wenn es nach Abstimmung mit den Alliierten etwa möglich erscheinen sollte, eine solche Kürzung beim Verteidigungshaushalt vorzunehmen. Die Situation von heute, Herr Kollege Gabert, muß nicht die von gestern und nicht die von vorgestern sein. Und wenn es sich heute ermöglichen läßt, warum soll man deswegen tadeln, wenn man glaubt, hier einsparen zu können? Und dann die Beamtenbesoldung! Meine sehr verehrten Damen und Herren, was haben wir auch hier in diesem Hause in den vergangenen Jahren nicht alles für die Beamtenbesoldung getan? Will man nun durch das Hinausschieben des einen oder anderen Termins etwas Entscheidendes tun, damit das Geld, das der Bedienstete im öffentlichen Dienst bekommt, übermorgen eben noch das gleichgute Geld ist, das er heute bekommt, so sollte man dafür Verständnis haben.

(Beifall bei der CSU)

Viele Äußerungen zu dieser Seite sind mir völlig unverständlich, so zum Beispiel, meine Herren von der FDP, Ihre Attacken gegen die Anhebung der **Branntwein-** und der **Sektsteuer**. Sicher, Sie können sagen: Wir wollen überhaupt keine Steuererhöhung haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wachter)

Aber wenn wir etwas tun müssen: Was bedeutet denn dann eine Anhebung der Branntweinsteuer um 20 Prozent, was bedeuten 1,50 DM mehr für eine Flasche Sekt?

(Zuruf von der Opposition)

— Glauben Sie ja nicht, daß ich ein Puritaner sei und nicht auch einmal ein Glas Sekt schätzen würde.

(Zuruf des Abgeordneten Wachter)

Aber wir haben gerade eben auf dem Schaumweinmarkt einen solchen Preiszusammenbruch erlebt,

(Abg. Haisch: Genau!)

daß hier eine Steuererhöhung leicht verantwortet werden kann. Ich möchte die Bundesregierung ermutigen, auf diesem Wege fortzuschreiten,

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

nämlich solche geringfügigen Steuererhöhungen vorzunehmen, und das in einem Zeitpunkt,

(Abg. Wachter: Wehret den Anfängen!)

wo ich in einer Statistik gelesen habe, daß das deutsche Volk 27 Milliarden DM für Alkohol und Nikotin ausbe. Ja, da kann man doch etwas herausholen, wenn es um das Wohl der Finanzen und des ganzen Volkes geht!

(Beifall bei der CSU — Zuruf des Abgeordneten Wachter)

Das wollte ich einmal zum Abgleich des Bundshaushalts sagen.

Nun zur **Regierungspolitik** selbst! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man hat die Regierungserklärung des Bundeskanzlers, die uns jetzt vorliegt, von allen Seiten „in der Luft“ — ich möchte sagen — „zerrissen“. Dazu möchte ich Ihnen etwas sagen.

(Abg. Gabert: Auch von seiten der CSU, Herr Kollege; denken Sie an den „Bayern-Kurier“!)

— Ich bin hier nicht berufen, um zum Thema „Bayern-Kurier“ Stellung zu nehmen. Man hat auf jeden Fall sehr viel Kritik — —

(Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Dr. Hoegner: Meine Herren, ich möchte bitten, hier nicht Bundesangelegenheiten zu behandeln. Dafür ist der Bayerische Landtag nicht zuständig.

Fink Hugo (CSU): Herr Präsident, wir haben gestern wohl fast 40 Minuten lang über Bundesfragen gesprochen.

(Abg. Haisch: Sehr gut! — Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich werde anschließend auch die Konsequenzen auf den bayerischen Staatshaushalt, die ich daraus ableite, zu sprechen kommen. Ich bedauere sehr, daß Sie meinen, ich sollte diese Frage nicht weiter behandeln; sie gehören aber doch zu unserem komplexen Problem, einem komplexen Thema. Der Herr Bundeskanzler hat eben solche Haushaltsfragen — das Thema des Sparens und das Thema

(Fink Hugo [CSU])

des Kapitalmarkts — mitten in seine Betrachtungen gestellt.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zwei wesentliche Dinge nennen, die zur **Verbesserung unserer allgemeinen Situation** führen können! Das ist zum einen das vom Herrn Bundeskanzler geäußerte unpopuläre Wort, das ich hier aufgreifen möchte, nämlich daß wir **mehr sparen**, und zum andern sein Wort, daß man **mehr arbeiten** solle. Ich möchte beides mit Nachdruck unterstreichen, weil ich weiß — und weil ich es täglich feststelle; wenn Sie die Wirtschaftsteile der Zeitungen lesen, werden Sie es ebenfalls feststellen können —, wie sehr wir auf den Auslandsmärkten an der Grenze der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft angelangt sind.

(Sehr gut! und Beifall bei der CSU)

Uns nützt eine übersteigerte Binnenkonjunktur und überhitzte Nachfrage gar nichts; sie gefährdet nur. Aber wir müssen danach streben, unseren Export — das ist ja unsere Lebensgrundlage — zu erhalten. Lassen Sie mich, Herr Kollege Gabert, zu diesen Ausführungen des Bundeskanzlers ein Wort sagen. Die Forderung, mehr zu arbeiten, ist gar nicht so abwegig und gar nicht so gefährlich, wie man sie jetzt darstellt, nachdem bei einer Umfrage der Wickert-Institute bereits 62 Prozent der befragten männlichen Arbeitnehmer erklärt haben, sie wären durchaus bereit, diese eine Stunde mehr zu arbeiten, wenn es zur Erhaltung der Stabilität des Geldwertes dient. Dazu noch ein Beispiel: Ein Vorstandsmitglied der MAN in Augsburg, eines großen, bedeutenden Werks, hat vor einigen Monaten eine mehrmonatige Reise in die ostasiatischen Länder unternommen und dort gleichzeitig einen Weltkongreß des CVJM, des Christlichen Vereins junger Männer, besucht. In dieser Organisation ist diese Persönlichkeit führend tätig. Dieser Mann hat auf seiner Reise die Arbeit der dortigen Völker, ihre Zähigkeit, ihren Fleiß und die Kostenstruktur ihrer Erzeugnisse studiert. Lassen Sie mich nur das eine Beispiel — es würde sonst zu lange dauern — herausgreifen: Er ging auf den „heiligen Berg“ Fudschijama und bestellte dort eine Portion Tee. Dieser Tee wurde dort oben gekocht und in einem Plastikännchen mit einem Deckel, der als Tasse diente, serviert, beides zum Mitnehmen oder zum Wegwerfen. Das Ganze kostete dort oben, D-Mark gleich Yen gerechnet, 24 Pfennig, also ein Zehntel dessen, was wir auf der Zugspitze und an ähnlichen Plätzen für die gleiche Leistung ausgeben müssen. Die gleiche Feststellung hat er in vielen Wirtschaftszweigen machen können und hat gesagt, dort werde eben entsprechend gearbeitet. 90 Prozent aller Transistoren der Welt werden heute in Japan zu Preisen erzeugt, die bei uns unvorstellbar sind. Dieser Mann der Wirtschaft, ein hervorragender Mann der Wirtschaft, hat uns mit den Worten beschworen: „Wenn sie nicht wieder mehr arbeiten, arbeiten uns diese Völker zu Tode.“ Deswegen möchte ich den Appell des Bundeskanzlers unterstreichen. Was bedeutet es heute schon, wenn wir

uns entschließen sollten, eine Stunde mehr zu arbeiten?

(Zuruf des Abgeordneten Gottfried Deininger)

Lassen Sie mich ein Wort des Herrn Präsidenten Abs in einem anderen Zusammenhang anschließen! Er hat bei einer Veranstaltung gesagt — wir wissen ja alle, wie sehr das Problem der Gastarbeiter zur Zeit diskutiert wird —: Eine Stunde Arbeit mehr würde uns 400 000 Gastarbeiter ersparen.

(Abg. von Knoeringen: Geh, geh!)

— Selbstverständlich bieten alle diese Rechnungen, Herr von Knoeringen, Raum zur Diskussion. Ich möchte dazu sagen, daß sehr viele der Gastarbeiter heute Arbeiten ausführen, die ein deutscher Arbeiter nicht mehr macht. Wir sehen es ja. Aber in etwa treffen diese Zahlen doch zu, und das wollte ich herausstellen und unterstreichen. Auch hier können wir einen Beitrag zur Währungsstabilität leisten.

(Abg. Zink: Herr Kollege Fink, der Bundeskanzler hat aber doch von 35 Stunden geredet!)

— Herr Kollege, ich habe in dieser Regierungserklärung, die ich sorgfältig studiert habe, kein Wort von 35 Stunden gelesen.

(Zurufe der Abgeordneten Frau Laufer und Drexler — Abg. Zink: Das hat der Bundeskanzler vor der Wahl gesagt! — Abg. Nüssel: Das hat er nie gesagt!)

Meine Damen und Herren! In diesem Haushalt ist auch wieder ein neues Wort aufgetaucht, das Wort vom „**Durchforsten**“. Früher hat man den Wald durchforstet; heute „durchforstet“ man die öffentlichen Haushalte, die Zinssubventionierungen und die Bauvorhaben. Ich muß sagen, es ist höchste Zeit, solche Durchforstungsarbeit zu leisten. Ich darf dazu feststellen, daß ein kleiner Stab von Volkswirten bei der Bundesbank bereits an der Arbeit ist, die Zinssubventionen zu durchleuchten. Sie veranschlagt den Gesamtbetrag, der 1964 zinsverbilligt für den Wohnungsbau und andere Maßnahmen zur Verfügung gestellt wurde, allein auf 13 bis 15 Milliarden DM.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich die Betrachtungen zum Bundeshaushalt und zur Bundespolitik mit der Feststellung abschließen, daß es doch wohl in erster Linie an uns liegt, nicht nur mehr zu sparen und den Konsumverzicht zu fördern, sondern auch durch unser Gesamtverhalten einer entsprechenden Maßlosigkeit, die in unserer Zeit eingetreten ist, den Kampf anzusagen und durch unser Beispiel zu einer Konsolidierung der Verhältnisse beizutragen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch ein kurzes Wort zu dem sagen, was Herr Kollege Gabert ebenfalls angedeutet hat. Er ist etwas vorsichtiger geworden. Bei unserem Fernsehinterview zur Hotelaffaire hatte ich infolge einer kurzen Vorbemerkung befürchtet, daß es schlimmer würde. Es betrifft das Thema der sogenannten **Wahlge-**

(Fink Hugo [CSU])

schenke. Meine Damen und Herren! Der Herr Finanzminister hat von sich aus gesagt, daß dieser Haushalt keine Wahlgeschenke enthalte, und ich habe mit bestem Willen keine finden können. Wahlgeschenke kann man ja nur gegenüber einem Empfänger, etwa einer Interessengruppe, machen. Solche Empfänger habe ich im Staatshaushalt 1966 nicht feststellen können. Es handelt sich hier augenblicklich um wohl fundierte, sachliche und sehr begründete Ausgaben. Außerdem halte ich das Wort von den Wahlgeschenken für töricht. Soll denn ein Parlament wie der Bundestag im letzten Jahr seiner Legislaturperiode überhaupt nichts mehr beschließen können, was ausgabewirksam ist, ohne nicht gleich in den Verdacht zu geraten, Wahlgeschenke zu verteilen?

(Beifall bei der CSU)

Diese sogenannten Wahlgeschenke, meine sehr verehrten Damen und Herren, waren tatsächlich keine Wahlgeschenke.

(Zuruf von der CSU: Einstimmig beschlossen!)

Sie waren die Erfüllung von Forderungen der Verbände und anderer Organisationen, und sie sind eben im Rahmen des letzten Jahres einer Legislaturperiode getroffen worden.

(Abg. Nüssel: Mit Zustimmung der SPD!)

Wahlgeschenke wurden ja nicht nur von denen gemacht, die möglicherweise etwas zu geben haben; wir haben in diesem Wahlkampf auch Wahlversprechen gehört. Man soll nicht so unschuldig tun, als sei man an diesen Dingen nicht beteiligt gewesen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich habe etwas von einem Karlsruher Programm gehört. Es sind nicht die schlechtesten wirtschaftswissenschaftlichen Institute, die ausgerechnet haben, daß daraus Kosten in Höhe von 76 Milliarden DM entstehen würden oder entstanden wären. Demgegenüber bewegen wir uns mit unserer kleinen Ausweitung des Etats noch in bescheidenen Grenzen! Ich möchte aber die Frage der Wahlgeschenke nicht vertiefen; ich habe sie nur angeführt, weil gestern davon gesprochen wurde.

Herr Kollege Gabert hat sich gestern auch sehr eingehend mit der **Großen Finanzreform** und mit den kommunalen Finanzen beschäftigt. Als ich hörte, daß Sie, Herr Kollege Gabert, sagten, wir hätten einen Etat mit dieser Ausweitung, weil im nächsten Jahr Wahlen stattfänden, hatte ich den Eindruck, daß für Sie bei der Behandlung dieses Fragenkreises nicht nur die Zukunft, sondern schon der Kommunalwahlkampf 1966 begonnen hat.

(Abg. Gabert: Sehr bedauerlich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich ist die Große Finanzreform uns allen ein Anliegen. Wir versprechen uns nicht alles — ich pflichte dem Herrn Finanzminister bei —

(Abg. Helmschrott: Nicht viel!)

wir bekommen dadurch wahrscheinlich nicht viel mehr Geld, aber wir versprechen uns sehr viel an sonstigen Wirkungen. Ich möchte mich kurz fassen, da die Zeit drängt. Die Finanzreform muß selbstverständlich mit einer **Reform unserer Finanzverfassung** verbunden sein. Sie muß aber, wie der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung gesagt hat, auch verbunden sein mit einer Überprüfung des Artikels 113 des Grundgesetzes, wonach die Regierung einen Stop, ein Veto gegen Ausgaben einbringen kann, die der Bundestag entgegen ihrer Auffassung beschließt. Diese große Finanzreform muß selbstverständlich in der Neuverteilung der gesamten Steuermasse eine originale Beteiligung der Gemeinden an einer der großen Steuern bringen, damit unsere Gemeinden unabhängig werden von den vielen und lästigen kleinen Steuern und insbesondere von der außerordentlich krisenempfindlichen Gewerbesteuer. Hierüber besteht ja volle Einmütigkeit. Ich begrüße es, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung das Problem der Finanzreform angeschnitten hat, und ich begrüße es, daß er hat in Aussicht stellen können, daß die sogenannte Träger-Kommission ihre Arbeiten demnächst abschließen wird und wohl noch in diesem Jahr ihre Vorschläge dem Kabinett und damit dem Bundestag zuleiten will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das im großen und ganzen zum Etat selbst! Jetzt noch einige abschließende Bemerkungen zu meinem doch in etwa mit gedämpftem Optimismus erfüllten Bericht, den ich Ihnen hier geben durfte. Das ist vielleicht das Entscheidende, was ich noch sagen darf, über die **Möglichkeiten und Zulässigkeit des Etats**. Wir befinden uns erfreulicherweise nach wie vor in einer guten, in einer aufsteigenden wirtschaftlichen Situation. Ich habe mir allein aus den letzten Tagen wahllos einige Ausschnitte aus den Zeitungen zusammengestellt: „US-Hochkonjunktur mit Produktionsengpässen“, „Die Auftragsbücher haben sich wieder gefüllt“, „Bekleidungsindustrie erwartet heuer Rekordumsätze“, „Wertpapieranlage und Geldvermögensbildung in steilem Anstieg“.

(Abg. Bezold: Die Börse heute! Jetzt bricht der Pfandbriefmarkt auch zusammen!)

— Die gesamten Zuflüsse, Herr Kollege Bezold, die gesamten Einzahlungen, die Investitionen liegen weit über der vergleichbaren Rate des Vorjahres,

(Abg. Bezold: Im Zwecksparen!)

ebenso im gesamten Sparen, und das ist ja ein besonderer Ausdruck von Vertrauen in die politische Ordnung.

Abschließend meine sehr verehrten Damen und Herren, nur noch einige Bemerkungen zu **Schwerpunkten** des Etats! Ich habe vorhin im Zusammenhang mit der Frage der Geltung des Landes Bayern und seiner Politik nach außen bereits verwiesen auf unsere **Bildungspolitik**, auf die Ausbildung, auf die Förderung von Wissenschaft und Forschung und was wir alles uns vorgenommen haben. Die Bildungsoffensive des Landes Bayern ist, das darf

(Fink Hugo [CSU])

man wohl sagen, vorbildlich. Sie findet bereits jetzt ihren Niederschlag im Haushalt, der eine Steigerung der Ausgaben im kulturellen Sektor von 25,7 Prozent erreicht hat, wenn man die Bindungsermächtigungen einbezieht. Eine sehr erfreuliche Feststellung! Wir sind des weiteren bereit, in diesem Haushalt die wichtigen **regionalen Strukturverbesserungsmaßnahmen** unseres Landes, auch hier wieder als Grundlageninvestitionen gedacht, durchzuführen. Wir sind bereit, auch unserer **Landwirtschaft** wieder in angemessenem Umfang zu helfen.

(Zustimmung bei der CSU)

Alle diese Dinge sind Gegenstand der Einzelpläne und werden Gegenstand der Aussprache zu den Einzelplänen in diesem Hohen Hause sein. Aber die Bilanz insgesamt ist erfreulich, und das, was uns — wie ich eingangs sagte — eben an diesem Etat freut, ist, daß hier die Mittel bereitgestellt werden, um große und größte und in die Zukunft wirkende Aufgaben zu erfüllen. Ich will nicht viel sagen von der Universität Regensburg, von der Technischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg, von der Teilverlegung der Universität Würzburg und all diesen Maßnahmen im Hochschulbereich. Sie sind Ihnen ja hinreichend bekannt. Der Herr Finanzminister hat bei diesem Katalog der großen Maßnahmen auch einige im Mehrjahresplan noch nicht enthaltene Maßnahmen erwähnt, so

(Abg. Helmschrott: Jetzt kommt's!)

die Medizinische Akademie in Augsburg.

(Abg. Helmschrott: Dick unterstreichen!)

Ich möchte mich darauf beschränken, zu sagen, daß ich der Hoffnung Ausdruck gebe, diese Frage möge bald geklärt werden und der Deutsche Wissenschaftsrat möge seine Studie zu dieser Frage, in die er laut Auftrag der Konferenz der Ministerpräsidenten eingetreten ist, möglichst bald abschließen. Es wird dann genannt das große Problem der Verlegung der Technischen Hochschule nach Garching — eine Sache, die sehr genau überlegt werden muß, weil sie sehr teuer ist, auf der anderen Seite aber der Universität neue Räume öffnen könnte — sowie die Frage des Ausbaues des Prinzregententheaters. Meine Damen und Herren, ich habe alljährlich im Zusammenhang mit dem Etat über die Theaterfragen gesprochen. Ich hätte auch gern vor der Haushaltsberatung eine Sitzung des Haushaltsausschusses gehalten, in der er sich einmal mit der Theatersituation in München unter besonderer Berücksichtigung des Prinzregententheaters hätte beschäftigen können, weil wir auch hier in einer schwierigen Situation stehen: Auf der einen Seite müssen wir hinsichtlich der Ausgaben das Junktim mit unseren ganzen Theatern draußen im Lande sehen, auf der anderen Seite steht die Frage: Was soll aus diesem Theater werden? Dieses Haus ist eine Stätte der Würde und der Tradition. Aber: Können wir uns ein fünftes bayerisches Staatstheater leisten? Diese Frage kann

ich Ihnen jetzt in dieser Aussprache nicht beantworten; ich kann sie nur andeuten. Ich habe hier meine konkreten Vorstellungen.

Nun lassen Sie mich zum Schluß kommen, damit Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie man so gern sagt, zum morgigen Feiertag, zum Buß- und Betttag, die Mittagszüge erreichen.

(Abg. Helmschrott: Nach Franken!)

— Ja, die Mittagszüge nach Franken. Ich erinnere mich, daß unser hochverehrter früherer Fraktionsvorsitzender Prälat Meixner sehr häufig eine Sitzung am Freitag oder wann so um 11 Uhr geschlossen und immer in seinem Fränkischen gesagt hat: Und nun wollen wir schließen, damit die Herrschaften die „Mittagszüge“ erreichen. Uns Schwaben hat das natürlich immer besonders imponiert.

Lassen Sie mich langsam zum Schluß kommen. Was möchte ich zu diesem Haushalt insgesamt sagen: Meine Damen und Herren, es ist kein Haushalt frei von Bedenken, es ist kein Haushalt frei von Sorgen, es ist kein Haushalt frei von Risiken. Aber es ist ein Haushalt, in dem zumindest all das drinnensteht, was nottut. Wollen wir die wichtigen Aufgaben der Zukunft in Angriff nehmen und wollen wir diese Zukunft bewältigen, so meine ich, sollten wir auch nicht ins andere Extrem verfallen, nämlich unseren sonst immer vorhandenen Optimismus — und Optimismus ist etwas wert — nunmehr aufzugeben, um einem lähmenden Pessimismus Platz zu machen. Die Staatsregierung hat bei der Vorlage dieses Entwurfes Mut gezeigt. Sie hat aber auch die Grenzen aufgezeigt und damit ihre Verantwortung bewiesen. Ich möchte nicht sagen, Herr Finanzminister, dieser Haushalt sei ein Haushalt nur der Vernunft, er ist auch ein Haushalt des Herzens, wo so viele Dinge, die wir haben wollen, mit veranschlagt sind. Und ich möchte sagen, es ist ein Haushalt des Mutes, aber auch einer hohen verpflichtenden Verantwortung.

(Starker, langanhaltender Beifall bei den Koalitionsparteien.)

Erster Vizepräsident Dr. Hoegner: Meine Damen und Herren! Bundespolitik kann im Bayerischen Landtag natürlich soweit behandelt werden, als es sich um Einfluß auf den bayerischen Staatshaushalt handelt. Übrigens, Herr Kollege Fink, von der Durchforstung der bayerischen Verwaltung war schon vor Jahrzehnten die Rede.

Nun hat sich noch zu Wort gemeldet der Herr Kollege Eberhard. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Eberhard (CSU): Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich zu diesem Etat und bei dieser Aussprache nichts sagen; aber ich darf doch die Gelegenheit benutzen, um über einen Teil der Rede des Herrn Finanzministers zum Haushalt 1966, nämlich über den Teil — und er ist von allen Rednern in der Aussprache apostrophiert worden —, in dem er seine Sorgen zum Ausdruck bringt, aus meiner Sicht — nicht als ehemaliger Finanzminister und nicht nur als Mitglied dieses Hohen Hauses, sondern auch aus meiner jetzigen Position

(Dr. Eberhard [CSU])

und Erfahrung der letzten Jahre heraus — noch etwas zu sagen, nämlich über den Teil der Bedrückung und der Sorge um die Grenze der Möglichkeiten, die uns gegeben sind. Nur ein paar nüchterne und sachliche Feststellungen dazu.

Wir haben nicht zu fragen — und ich möchte das hier insonderheit nicht tun —, was man uns, die wir in der Verantwortung stehen, an Vorwürfen entgegenbringt, weil wir zu viel Mut zeigen, weil wir vielleicht den Haushalt in der Ausweitung überziehen, sondern wir haben nur danach zu fragen, ob wir das alles verantworten können. Und verantworten wird das alles — verehrter Herr Kollege Gabert, trotz des legitimen Rechts der Opposition zu sagen, das sei der Haushalt der Regierung — letzten Endes das **Parlament** insgesamt müssen, weil das Parlament die Volksvertretung für alle Bürger unseres Landes ist. Deswegen ist ja auch angeklungen in allen Reden vom Herrn Kollegen Gabert und vom Herrn Kollegen Wachter und erst recht noch beim Herrn Kollegen Fink, was uns in diesem Haushalt bedrücken muß. Das ist nämlich nicht die Frage, was wir dabei alles erfüllen können — das ist der Teil, wo Herr Kollege Fink vom Haushalt des Herzens sprach, nämlich unsere Wünsche, die wir erfüllt sehen wollen —, sondern von dem Teil der Risiken, von dem Teil doch auch einer gewissen Befürchtung. Ich meine nicht den Teil der Schätzung der Steuereinnahmen. Meine verehrten Herrn Kollegen, Sie wissen ganz genau, wir haben seit Jahr und Tag bei den Steuereinnahmeschätzungen in unseren Haushalten sehr hoch gegriffen, damit man uns nicht umgekehrt, der Regierung und dem Finanzminister, den Vorwurf machen kann, da lägen noch ungewöhnliche Reserven. Falls das vergessen sein sollte, ich habe auch schon einmal hier an diesem Platz über den Vollzug eines Haushalts berichtet, der eine Steuermindereinnahme gegenüber den Schätzungen von über 200 Millionen DM erbracht hat. Das sind Dinge, die offensichtlich in der Öffentlichkeit schon längst vergessen sind. Optimismus und Mut sind bei den Haushalten auch in den letzten Jahren, so wie jetzt, immer schon bewiesen worden.

Ich möchte auch nicht über die Ausgabenseite als solche sprechen und über die Aufgaben, die dabei erfüllt werden. Ich möchte nur ein paar Minuten über die **Bedenken** sprechen, die sich uns entgegenstellen, wenn wir daran denken, in welcher Weise diese Aufgaben zu leisten sind, d. h. wie dieser Haushalt finanziert werden kann. Hier hat der Herr Finanzminister unmißverständlich, eindeutig und klar seine Sorge zum Ausdruck gebracht. Vielleicht, Herr Kollege Gabert, war es dieser Punkt, wo Sie den Eindruck hatten, als ob er sich von seinem eigenen Haushalt in diesem Punkte etwas distanzieren müßte. Das ist nämlich die Frage der **Finanzierung**. Es ist alles schön und gut, wenn die Einnahmendecke ausreicht, um die vorgesehenen Aufgaben zu finanzieren, vor allem, wenn die laufenden Einnahmen aus dem Ordentlichen Haushalt ausreichen. Dann ist alles in bester Ordnung. Wir haben schon Jahre gehabt, wo wir keines

Außerordentlichen Haushaltes mehr bedurften. Wir sind aber jetzt in die Zeit gekommen, wo die Finanzierung von Grundlageninvestitionen, die, wie Herr Kollege Fink mit Recht sagte — und Sie haben das unterstrichen — nicht die Wirtschaft vornimmt, sondern der Staat für die Gemeinschaft und die Bürger dieser Gemeinschaft vorzunehmen hat, notwendig wird und wo die Ausgaben für die Grundlageninvestitionen die Einnahmenseite überschreiten, zu welchem Zweck es der Unterstützung und Ergänzung durch Fremdmittel bedarf. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist nunmehr das Entscheidende, festzustellen, wo die **Grenze** ist. Es ist nicht ganz uninteressant, daß gerade am heutigen Tage in der Wirtschaftspresse zu lesen ist, daß der Internationale Währungsfonds in seinem Wirtschaftsbericht für die Bundesrepublik eine Feststellung getroffen hat, die ich in diesem Hause schon immer getroffen und erst unlängst, vor 14 Tagen, auch in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht habe, daß nämlich in unserem Lande, in der Bundesrepublik, die Währungspolitik der Bundesbank allein nicht genügt, sondern ergänzt werden muß durch eine — wie es in dem Bericht der Internationalen Währungsfonds heißt — **antizyklische Finanzpolitik**. Was ist in diesem Hause schon alles über diese antizyklische Finanzpolitik geredet worden, also über eine Politik, die dann, wenn wir wenig zur Verfügung haben und die Ausgaben größer sein müßten, nachhilft und umgekehrt. Wir haben leider in den letzten Jahren weder eine antizyklische Politik, fast nicht einmal eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik, höchstens vielleicht eine konjunkturneutrale Politik in vielen Bereichen treiben können. Wenn nun ergänzend zu dieser Währungspolitik der Deutschen Bundesbank — das ist ihre primäre Aufgabe, aber sie ist auch nur eine Institution, ich möchte fast sagen eine anonyme Institution — eine antizyklische Finanzpolitik der Regierung gefordert wird, dann ist für diese Politik nicht die Bundesbank verantwortlich, sondern es müssen die Parlamente sich dieser Aufgabe bewußt sein, und wir müssen uns fragen, ob es möglich ist, das zu tun, was wir tun wollen, etwa im Hinblick auf die Situation bei der Beschaffung von Fremdmitteln.

Meine verehrten Damen und Herren! Sie wissen, daß ich als Mitglied des Zentralen Kapitalmarktausschusses für das gesamte deutsche Bankgewerbe — wir waren letzten Freitag erst wieder zusammen — im Laufe der letzten beiden Jahre in diese Dinge einen sehr tiefen Einblick bekommen habe, und ich muß mit ernster Sorge feststellen, daß der **Kapitalmarkt**, insonderheit der Rentenmarkt, nicht etwa von der Kapital- und Geldbildung her gesehen in Unordnung ist, sondern von der Inanspruchnahme her. Von der Wirksamkeit und damit der Ergiebigkeit der Geldkapitalbildung her gesehen kann er nicht in Unordnung sein. Die Geldkapitalbildung belief sich 1964 auf 41,6 Milliarden DM, wir kommen 1965 auf etwa 44 Milliarden DM und schätzen für 1966 eine Geldkapitalbildung von 47 Milliarden DM. Die Sparquoten waren noch nie so hoch wie derzeit und liegen in einem Zuwachsrahmen von 15 bis 25 Prozent. Man kann also nicht sagen, es wäre kein Geld vorhanden, es würde nicht

(Dr. Eberhard [CSU])

gespart, und es könnte nichts zur Verfügung gestellt werden. Die Frage ist, warum wird es nicht gegeben, warum steht es nicht zur Verfügung. Man spricht da so gern von einem Attentismus, von einer abwartenden Haltung, vor allem auch der Großanleger, der Institutionen, die den Kapitalmarkt bisher befruchtet haben. Auf was sie warten, weiß im Grunde niemand, es ist aber ein Schlagwort geworden und man spricht davon, daß z. B. die Sozialversicherungsträger abwartend geworden sind, weil sich manche einen höheren Nominalzins und damit eine bessere Geldanlage erhoffen. Vielleicht ist aber auch der Grund darin zu suchen, daß die Sozialversicherungsträger in andere Bereiche abgedrängt werden; ich brauche hier auf die schwierige Finanzierungsmethode der Bundeshaushalte in den letzten Jahren nicht zu sprechen kommen. Wir kennen die Dinge.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, mit ernster Sorge erfüllt mich die Tatsache, daß viele unter uns meinen — ich darf das „unter uns“ auch beziehen auf dieses Haus —, wir könnten ja **Schulden** machen, wenn wir nicht genügend Geld zur Verfügung haben. Es ist auch vielleicht eine rechte Begründung, wenn man sagt, daß nichts alles — auf dem Gebiet der Bildungspolitik, der Strukturpolitik usw. — auf den Schultern dieser Generation für die Zukunft finanziert, sondern auf Jahrzehnte verteilt werden sollte. Aber können wir das tun? Meine verehrten Damen und Herren! Ich muß Ihnen sagen, in dem Maße, wie es von der öffentlichen Hand her gesehen hinsichtlich der Forderungen nach Fremdmitteln, nach Anleihen des Bundes, der Länder und der Gemeinden geschehen soll, ist das unter keinen Umständen möglich. Wir haben durch die Handhabung über den sogenannten Langer-Ausschuß wenigstens erreicht, daß sich Länder und Gemeinden am „runden Tisch“ zusammensetzen und ihren Bedarf aufeinander abstimmen. Aber was dabei noch herausgekommen ist, ist noch viel zu viel und wird vom Kapitalmarkt nicht gegeben werden können.

In welcher Sorge ist das Land Bayern in dieser Hinsicht? Seit einem Jahr bemühe ich mich, den Zentralen Kapitalmarkt-Ausschuß darauf hinzuweisen, daß in absehbarer Zeit das Land Bayern mit einer 200-Millionen-DM-Anleihe wieder einmal an den Kapitalmarkt gehen muß. Die letzte bayerische Anleihe wurde 1958 in einer Größenordnung von nur 80 Millionen DM gegeben. Wir in Bayern haben also den Kapitalmarkt in den letzten Jahren weiß Gott nicht über Gebühr in Anspruch genommen. Wir haben sogar ein Recht darauf, jetzt auf dem Kapitalmarkt bevorzugt, wenn man dieses Wort überhaupt gebrauchen darf, bedient zu werden. Ich darf Ihnen nur einmal sagen, was auf den **Kapitalmarkt** — ich meine vor allem den Rentenmarkt mit den festverzinslichen Werten — bis Januar/Februar 1966 noch alles von der öffentlichen Hand her zukommt. Zur Stunde läuft eine Anleihe des Landes Rheinland-Pfalz, schon die zweite in diesem Jahr, mit 100 Millionen DM. Es ist ange-

meldet und befürwortet eine Anleihe von Baden-Württemberg mit 125 Millionen DM, auch schon die zweite. Es sind weiter vorgesehen eine Anleihe von Niedersachsen und eine Anleihe des Bundes. Es sollen dann kommen im Januar und Februar Nordrhein-Westfalen mit 250 Millionen DM, Bayern mit 200 Millionen DM. Wie das der Kapitalmarkt verkraften soll, weiß ich nicht. Ich bitte deshalb inständig darum, damit wir überhaupt zum Zug kommen können, daß der Kapitalmarkt nicht wieder durch übermäßige Anforderungen in seiner Ergiebigkeit gestört wird, weil es dann so wäre, was angedeutet worden ist, daß wir am Ende des Jahres feststellen müßten, daß wir die Fremdmittel, die in den Haushalt eingesetzt sind, einfach nicht haben bekommen können, weil sie der Kapitalmarkt nicht hergegeben hat. Diese Sorge möchte ich mit dem Herrn Finanzminister teilen. Die Zahlen, die er genannt hat, sind leider in der Öffentlichkeit überzogen dargestellt worden und könnten bedeuten, daß Bayern sich in einer außerordentlich schwierigen Kassenlage befindet. Das ist aber gar nicht der Fall oder noch nicht der Fall. Diese Zahlen haben in der Öffentlichkeit zum Teil alarmierend gewirkt, weil man sich fragt: Wie kommt denn jetzt plötzlich das Land Bayern dazu, zu sagen, es hätte im Jahre 1966 einen echten Kapitalmarktbedarf von 500 oder 600 Millionen? 1958 hatten wir die letzte Anleihe und wir wollen im Jahre 1966 gleich zu Beginn des Jahres mit einer sauberen 200-Millionen-Anleihe herauskommen.

Tun Sie alles, um den Kredit des Bayerischen Staates als eines echten, eines guten, ja geradezu gesuchten Schuldners, nicht durch Maßnahmen zu erschüttern, die auf der einen Seite in einer Überforderung liegen von der Ausgabenseite her, aber die auf der anderen Seite — vielleicht auch rein psychologisch — von unserem Land her manche Schwierigkeiten mit sich bringen, die nicht unbedingt notwendig sind!

Das, meine verehrten Damen und Herren, wollte ich Ihnen nur noch zu diesem Haushalt 1966 und zu den Möglichkeiten seiner Finanzierung gesagt haben, damit wir nicht nach einem Jahr wie die begossenen Pudel hier stehen und feststellen: non possumus — wir können nicht. Und das, glaube ich, kann dieses Parlament dem nachfolgenden und den nachfolgenden Parlamenten, gleichgültig wer immer auch in diesem Hohen Haus sitzt, sicherlich nicht überlassen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Hoegner: Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Ich erteile das Schlußwort dem Herrn Finanzminister.

Staatsminister Dr. Pöhner: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zu Beginn meines Schlußwortes, bevor ich auf die sachliche Diskussion des Haushaltsentwurfs 1966 eingehe, noch die Abgabe einer Erklärung zu der sogenannten **Berchtesgadener Hotelaffäre**.

(Staatsminister Dr. Pöhner)

Die öffentliche Diskussion um diese Angelegenheit ist in vielen Fällen in der Form einer Abwertung des Ansehens und der Arbeit nicht nur eines einzelnen, sondern sämtlicher Angehöriger des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen verlaufen und hat in den letzten Tagen sogar den Charakter kollektiver Beleidigungen angenommen. Ich verweise nur auf den Artikel vom Freitag im „Stadtanzeiger“ der „Süddeutschen Zeitung“. Mein Personalrat verlangt mit Recht von mir, daß ich mich gegen solche allgemeine Verunglimpfungen wende. Ich sehe mich deshalb veranlaßt, mich mit allem Nachdruck vor die Angehörigen meines Hauses zu stellen.

Unabhängig von der noch ausstehenden abschließenden Behandlung der Angelegenheit durch den Landtag muß ich mich gegen eine solche allgemeine Diffamierungskampagne gegenüber dem Finanzministerium und allen seinen Angehörigen wenden. Ich habe sowohl persönlich wie auch als derzeit verantwortlicher Ressortminister Veranlassung, in aller Form die Leistungen, die Integrität und die Sauberkeit der mir unterstellten Beamtenschaft zu bekunden und muß die globale ehrenrührige Abwertung von Angehörigen des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen nachdrücklich zurückweisen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Nun darf ich zunächst allen Diskussionsrednern für ihre Beiträge danken. Ich wiederhole meine Bemerkung in der Haushaltsrede: Kritik ist gesund, wenn sie sachlich und sachverständig ist; dann kann sie dem Ganzen nur nützlich sein. Nun zunächst zu den Ausführungen des Herrn Kollegen G a b e r t.

Verehrter Herr Kollege Gabert, ich stehe als Finanzminister selbstverständlich zum Haushalt 1966, wie ihn die Staatsregierung dem Landtag vorgelegt hat.

(Abg. Dr. Oechsle: Wenn's auch schwer fällt!)

Die Staatsregierung ist auch bereit, dafür die volle **Verantwortung** zu tragen. Ich wäre falsch verstanden worden, wenn man glauben würde, ich möchte mich von diesem Haushalt distanzieren. Allerdings hat der aufmerksame Zuhörer aus meinen Ausführungen gespürt, daß ich mich in einem echten **Interessenkonflikt** befunden habe. Es galt einerseits, ausreichende Mittel bereitzustellen, andererseits aber auf die Haushalt- und Konjunkturlage Rücksicht zu nehmen. Dieser Haushalt ist gewissermaßen ein Kompromiß solch widerstrebbender Interessen. Ich habe mich aber aus meiner besonderen Verantwortung für die Finanzen dieses Landes heraus verpflichtet gefühlt, Ihnen in aller Offenheit die Risiken dieses Haushalts aufzuzeigen.

Ich habe ganz offen auch über die **Steuerschätzungen** gesprochen und ich hoffe mit Ihnen, daß die Steuerschätzungen doch so wie in den vergangenen Jahren wieder einigermaßen hinkommen. Einzelheiten werden ja bei der Behandlung des Einzelplans 13 noch besprochen werden können. Von einer leichtfertigen Schätzung kann sicherlich nicht

gesprochen werden. Ich bitte zu beachten: eine Fehlschätzung von nur 1 Prozent — also eine nach landläufiger Meinung ausgezeichnete Schätzung — bedeutet schon einen Steuerausfall von 55 Millionen. Eine immer noch erträgliche Fehlschätzung von 2 Prozent würde also schon 110 Millionen Steuerausfall ausmachen.

Und nun zur **Kapitalmarktsituation!** Das Risiko, das sich aus der Lage des Kapitalmarktes für die Finanzierung des Außerordentlichen Haushalts ergibt, ist sicherlich nicht zu unterschätzen. Wir werden aber nun doch mit großer Wahrscheinlichkeit damit rechnen können, im Februar eine Staatsanleihe von 200 Millionen unterzubringen, deren Ertrag ausreicht, die bis dahin anfallenden außerordentlichen Ausgaben zu decken. Ich habe die Ausführungen des verehrten Herrn Kollegen E b e r h a r d auch nicht so verstanden, daß die Aussichten für Bayern ganz hoffnungslos wären.

Die heutige Lage, Herr Kollege G a b e r t, kann mit der des Jahres 1957 nicht verglichen werden, wie Sie es getan haben. Damals sind aus Kassenmitteln etwa 190 Millionen außerordentliche Ausgaben finanziert worden, deren Deckung im Zeitpunkt der Ausgabe völlig ungewiß war. Ich muß das erwähnen, weil Sie es angesprochen haben, aber ich möchte gewiß aus dieser Sache dem Herrn Kollegen Zietsch nachträglich nicht den geringsten Vorwurf machen.

Ich kann Ihnen, Herr Kollege Gabert, auch nicht in der Auffassung zustimmen, daß es der Bayerische Staat versäumt hätte, rechtzeitig Anleihen aufzunehmen. Die vorsichtige Schuldenpolitik der vergangenen Jahre hat der Konjunkturlage völlig entsprochen und hat Bayern sogar, wie ich schon erwähnt habe, eine lobende Bemerkung im Julibericht der Deutschen Bundesbank eingetragen. Ich kann diese Anerkennung, dieses Lob hier um so leichter erwähnen, als ich nicht persönlich von dieser Anerkennung betroffen bin. Außerdem hätte uns eine vorzeitige Schuldenaufnahme nur unnötig mit hohen Zinsen belastet.

Ein weiteres Risiko, das ich offen und ehrlich angesprochen habe, liegt natürlich in der Veranschlagung der **Personalkosten**. Die Staatsregierung hat hier aber völlig korrekt gehandelt. Als im Juli dieses Jahres der Haushaltsentwurf vom Kabinett verabschiedet wurde, war die Frage von linearen Besoldungserhöhungen zwar im Gespräch, aber noch völlig ungeklärt, insbesondere fehlte eine gesetzliche Vorlage, welche Voraussetzung für eine entsprechende Veranschlagung gewesen wäre. Ich gebe zu, daß die Situation heute ganz anders ist. Wenn die Vorschläge der Bundesregierung Wirklichkeit werden, muß man tatsächlich mit einem Mehrbedarf von 95 Millionen rechnen. Wir werden dieser Sachlage rechtzeitig durch einen Ergänzungshaushalt Rechnung tragen, wobei Bund und Länder einheitlich vorgehen werden. Die Deckung hierfür kann allerdings nicht durch eine Volumenserhöhung, sondern muß durch Einsparungen an anderer Stelle gefunden werden. Sie sehen, meine verehrten Damen und Herren, in dieser Hinsicht stehen mir noch sehr harte Stunden bevor. Nach meiner

(Staatsminister Dr. Pöhner)

Unterrichtung und vielen Gesprächen mit meinen Ministerkollegen wollen auch die anderen Länder ähnlich verfahren. Auch mein Kollege Oswald aus Hessen — Herr Kollege Gabert, den Sie immer so gerne zitieren — hat mir das kürzlich versichert. Man kann also in diesem Zusammenhang nicht davon sprechen, daß der Haushalt 1966 manipuliert sei, wie es Herr Kollege Gabert getan hat.

Ich gebe natürlich zu, daß die **Steigerung des Haushaltsvolumens** um 11,9 Prozent hoch ist. Ich habe mich in meiner Haushaltsrede eingehend über dieses Problem verbreitet. Herr Kollege Gabert hat uns Baden-Württemberg als Musterbeispiel empfohlen, und Herr Kollege Wachter hat sogar von einer baden-württembergischen freien demokratischen Musterfinanzpolitik gesprochen. Nun, ich will Ihnen die Haushaltsrezepte meines von mir geschätzten schwäbischen Kollegen und Freundes Dr. Hermann Müller nicht verraten; ich möchte sie aber auch nicht als Heilmittel für den bayerischen Haushalt übernehmen. Auf eines muß ich Sie aber noch hinweisen: Nach meinen Informationen soll in Baden-Württemberg durch einen Nachtragshaushalt 1965 das Haushaltsvolumen noch in diesem Jahr erheblich ausgeweitet und dadurch ein Fehlbetrag von über 400 Millionen entstanden sein. Es ist also kein Kunststück, dann im nächsten Jahr den Haushalt ein klein wenig zu senken.

In der Forderung nach einer Zusammenstellung aller für Bayern lebensnotwendigen **Investitionen** des Staates und der Gemeinden stimme ich mit Herrn Kollegen Gabert durchaus überein. Nur mit dem Gewicht einer solchen Aufstellung können wir unsere berechtigten Ansprüche bei den Verhandlungen über die künftige Finanzreform mit Erfolg vertreten. Die Arbeiten an einer mittelfristigen Haushaltsvorausschau sind im Bund und in allen Ländern im Gang und werden bei uns in Kürze abgeschlossen sein.

Dann möchte ich noch auf zwei ganz konkrete Fragen des Herrn Kollegen Gabert eingehen: Die **Ausgabenreste** für den staatlichen Hochbau betragen Ende 1963 rund 129 Millionen und Ende 1964 rund 133 Millionen. In diesem Jahr werden sie wohl noch geringfügig ansteigen. Diese Ausgabenreste sind aber praktisch alle bereits durch vergebene Aufträge gebunden und kommen für etwaige Einsparungen nicht in Betracht. Wenn man auf dem Gebiet des Hochbaus sparen will, dann bleibt nur der Griff auf die Mittel für neu veranschlagte Hochbaumaßnahmen.

Mit dem Herrn Kollegen Gabert stimme ich ferner überein, daß die Mittel für die **Wasserwirtschaft** von allergrößter Bedeutung sind. Ich bitte aber um Verständnis dafür, daß der Abgleich des Haushalts 1965 angesichts der gegenwärtigen Lage noch vorordringlicher ist. Ich werde das Problem nicht aus den Augen verlieren, muß aber die Steuerentwicklung im Dezember noch abwarten, bis ich hier eine endgültige Entscheidung fällen kann.

Im übrigen muß ich dem Herrn Kollegen Gabert bescheinigen, daß er neben vielen kritischen Äuße-

rungen auch wiederholt versucht hat, meiner schwierigen Lage gerecht zu werden. Nicht einverstanden bin ich aber mit ihm, wenn er meint, die **Opposition** könne bei diesem Haushalt keinerlei Verantwortung mittragen. Das ist eigentlich ein neuer Gesichtspunkt, Herr Kollege Gabert. Wir waren bisher doch immer alle einer Meinung, daß auch die Opposition ein integrierender Bestandteil dieses Hauses ist. Der Herr Kollege Gabert hat in meiner Rede genau den ihr innewohnenden Interessenkonflikt aufgespürt. Umgekehrt möchte ich sagen, daß auch ich aus seinen Äußerungen etwas Ähnliches herausgeföhlt habe. Er kritisierte zwar die Höhe der Ausgaben, das Haushaltsvolumen, er hütete sich aber, die Größe und die Dringlichkeit der Ausgaben zu bestreiten, die der Bayerische Staat zu erfüllen hat und die allein zu diesen hohen Ausgaben zwingen.

Nun, Herr Abgeordneter Wachter, Sie haben die **Bindungsermächtigungen** zu den Schulden gerechnet und sie als kurzfristige Verschuldung charakterisiert. Bindungsermächtigungen sind zwar Vorausbelastungen der kommenden Haushalte, aber können niemals als Verschuldung, auch nicht als kurzfristige Verschuldung bezeichnet werden.

Dann haben Sie mir mangelnden **Kontakt zu den steuerberatenden Berufen** vorgeworfen. Nun, ich meine, das ist keine staatspolitische, sondern eine standespolitische Angelegenheit, die vielleicht nicht ganz in den Rahmen dieser Haushaltsberatungen paßt. Vom Finanzminister können Sie natürlich nicht verlangen, daß er ständig Gespräche über rein steuerliche Sachfragen führt; denn er ist ja schließlich der politische Exponent des Hauses. Aber dennoch wäre ich gelegentlichen grundsätzlichen Gesprächen nicht abgeneigt. Ich glaube, wer mich kennt, der weiß, daß es mein Fehler ist, eher zu viele Besucher als zu wenige zu empfangen. Die Referenten meines Hauses stehen aber der Vertretung der steuerberatenden Berufe jederzeit zur Verfügung. Ich weiß aus anderen Bereichen, z. B. von den Steuerreferenten der Industrie- und Handelskammern, daß die gewünschten Kontakte zu meinem Hause sehr gut sind und sie von meinem Hause nicht vernachlässigt, sondern eher gepflegt werden.

Was Ihre Kritik am **Eberhard-Plan**, den sog. Rudolfinischen Schenkungen betrifft, so handelt es sich hier nach Auffassung der CSU nicht um eine Schenkung, sondern um eine staatspolitische Notwendigkeit zugunsten unserer notleidenden Gemeinden.

(Beifall bei der CSU — Abg. Gabert: Ist das auch die Auffassung der Regierung?)

— Ja!

(Abg. Gabert: Ich frage deshalb, weil Sie nur von der CSU gesprochen haben.)

Nein, das ist auch meine Auffassung sowie die der Staatsregierung.

Um im Bilde zu bleiben, Herr Kollege Wachter: Die freidemokratischen Schenkungen an die Gemeinden, von denen ich vor der letzten Bundestagswahl in Ihrer Parteikorrespondenz gelesen habe,

(Staatsminister Dr. Pöhner)

wären ja noch weit über die sog. Rudolfinischen Schenkungen hinausgegangen, und hier scheint es mir doch etwas an der innerparteilichen Koordinierung zu fehlen.

(Heiterkeit bei der CSU — Abg. Gabert:
Konradinische Schenkungen!)

— Nein, Herr Kollege Gabert, ich kann keine machen. Diese Zeiten sind vorbei. Konradinische Schenkungen wird es nie geben.

(Heiterkeit)

Im übrigen danke ich aber der Fraktion der FDP für ihre Erklärung, daß sie keine haushalterhöhenden Anträge stellen werde. Ich betrachte dies als eine verantwortungsbewußte Haltung, die sich hoffentlich allgemein in diesem Haus durchsetzen wird. Vielleicht ist sie auch, Herr Kollege Dr. Dehler, ein guter Ansatzpunkt für eine künftige Zusammenarbeit.

(Zurufe — Heiterkeit)

Keine Haushaltsdiskussion ohne den **Finanzausgleich!** Er ist ein Kernstück bayerischer Landespolitik. Der Finanzausgleich für die bayerischen Kommunen umfaßt im Jahr 1966 rund 1308 Millionen DM. Ich zähle nun nicht alle sonstigen Leistungen aus dem Staatshaushalt an die Gemeinden auf, sondern ich rechne zum Finanzausgleich lediglich das Förderungsvolumen für 1966 für die kommunale Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Höhe von rund 354 Millionen DM hinzu; dann komme ich auf einen einwandfreien, hieb- und stichfesten Betrag von 1662 Millionen DM des staatlichen Förderungsvolumens für die Gemeinden. Die Realsteuereinnahmen — also die Steuereinnahmen vom Grund und die Gewerbesteuer — der bayerischen Kommunen werden im Jahr 1965 voraussichtlich 1792 Millionen DM betragen. Setzen Sie nun bitte, meine Damen und Herren, das staatliche Förderungsvolumen für die bayerischen Kommunen im Jahr 1966 in das Verhältnis zu den Realsteuereinnahmen der bayerischen Kommunen im Jahr 1965, dann kommen Sie zu dem überraschenden Ergebnis, daß das staatliche Förderungsvolumen für die bayerischen Kommunen bereits über 90 v. H. der gesamten Realsteuereinnahmen im Jahre 1965 ausmacht. Besser läßt sich, glaube ich, der Wert der staatlichen Leistungen an die Kommunen für einen sachverständigen Zuhörer nicht darlegen. Diese staatlichen Leistungen an die Kommunen belasten natürlich den Staatshaushalt sehr stark. Die Nettosteuerereinnahmen des Landes sind für 1966 auf rund 5485 Millionen DM geschätzt. Das Volumen der staatlichen Förderung der Gemeinden wird in diesem Jahr 1662 Millionen DM betragen. Meine Damen und Herren, damit betragen die staatlichen Leistungen an die Kommunen über 30 Prozent der gesamten Nettosteuerereinnahmen des Landes Bayern. Deshalb sind diese Ausgaben, von mir aus gesehen, gewiß ein Schwerpunkt des bayerischen Staatshaushalts.

Eine sehr wichtige Aufgabe im Rahmen des innerbayerischen Finanzausgleichs wird in Zukunft

die Finanzierung der verschiedenen **Entwicklungspläne** sein. Ich weise hier insbesondere auf den Schulentwicklungsplan, die Verbandsschulpläne und für die Zukunft auch auf den Krankenhausplan hin. Wir haben im Haushalt 1966 die ersten notwendigen Vorkehrungen zur finanziellen Durchführung dieser Pläne getroffen.

Schließlich gilt mein Wort den beiden letzten Rednern. Ich danke dem Herrn Kollegen Dr. Eberhard herzlich für die Unterstützung, die er mir aus berufenem Munde geboten hat. Es ist immer eine gute und fruchtbare Sache, wenn der ehemalige und der neue Finanzminister gut zusammenarbeiten.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Ich danke auch dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Fink, für das Verständnis, das er meiner schwierigen Aufgabe entgegenbringt. Auch er hat sich dem nicht ganz einfachen Versuch unterzogen, das hohe Haushaltsvolumen zu begründen; auch dafür bin ich ihm dankbar. Vor allem aber danke ich ihm für seine Erklärung, die CSU werde keine erhöhenden Anträge einbringen und er selbst werde nur solche Anträge behandeln lassen, für die gleichzeitig ein Deckungsvorschlag gemacht wird.

(Zurufe von der SPD, u. a. von der Frau Abg. Laufer: Die CSU hat ihre Anträge schon eingereicht! — Es sind schon alle ihre Wünsche erfüllt. — Es steht schon alles im Haushalt drin!)

Meine Damen und Herren, schon die absolute Begrenzung des Haushaltsvolumens durch den Landtag wäre ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Übung. Was aber dem Finanzminister das Herz wesentlich erleichtern würde, wäre natürlich eine Kürzung der Ausgaben — und sei sie noch so gering —, damit die im Haushalt liegenden Risiken etwas vermindert werden. Gerade unsere Finanzpolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren, und unsere öffentlichen Haushalte waren es, die in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen haben, das **Vertrauen des Auslands** in die deutsche Währung und Wirtschaft zu begründen. Wir dürfen dieses heute leider etwas angeschlagene Vertrauen nicht durch unausgeglichene Haushalte und durch eine nicht mehr vertretbare Schuldenpolitik erschüttern. Ich wiederhole: Das, was wir jetzt in Bayern tun, liegt gerade noch an der Grenze des Möglichen und ist nur zu vertreten, weil ohne die notwendigen Grundlageninvestitionen die Entwicklung unseres Landes zu einem modernen Staat gefährdet wäre. Was wir heute auf diesem Gebiet unterlassen, könnte morgen vielleicht schon zu spät sein. Ich würde es gern sehen, wenn wir diesem hohen Staatsverbrauch gegenüber den privaten Verbrauch einschränken würden. Denn gesamtwirtschaftlich ist nicht zu bestreiten, daß wir derzeit über unsere Verhältnisse leben. Wir haben uns alle gemeinsam mühsam durch eineinhalb Jahrzehnte emporgearbeitet. Wir dürfen das Erreichte nicht durch übertriebene Ausgabefreudigkeit, vielleicht schon in zwei bis drei Jahren wieder verspielen. Die Passivität unserer Zahlungsbilanz ist vielleicht

(Staatsminister Dr. Pöhner)

grundsätzlich noch nicht beängstigend, sie ist aber doch ein Warnzeichen.

Meine ersten Worte zur Situation des Haushalts sind nicht die Worte eines Parteipolitikers, sondern die Worte eines Mannes, der sich dem Ganzen verantwortlich fühlt. Daher habe ich mich mit meinen Haushaltssorgen auch an den **Bayerischen Senat** gewandt, dem ich vor einigen Tagen einen ungeschminkten Überblick über die Situation des Haushalts gegeben habe. Ich war der Meinung, dieses unpolitische, mehr ständisch begründete Gremium sei in erster Linie dazu berufen, aufzutreten und rein vom Sachverstande her einen Haushalt nicht nur zu kritisieren, sondern auch konkrete Vorschläge zu seiner Verbesserung zu machen. Ich hatte gehofft, dort den Rotstift vorzufinden.

(Abg. Helmschrott: Hatten sie den vergessen?!)

Man hat mir aber erklärt, es sei nicht Sache des Senats, sondern die Pflicht des Finanzministers, den Rotstift anzusetzen.

(Abg. Bezold: Ich möchte dann wissen, wozu wir den eigentlich noch haben?)

Um eine Hoffnung ärmer bin ich von dannen gegangen.

Dennoch möchte ich eines sagen: Trotz des Wandels in der Haushaltsgestaltung gegenüber dem früheren klassischen Haushaltsrecht des Parlaments möchte ich daran festhalten, daß es die **vornehmste Aufgabe** des Parlaments und auch des Senats ist, die Höhe der Staatsausgaben zu bestimmen. Wer das Recht hat, mehr zu fordern dort, wo der Staat anscheinend zu wenig gibt, hat auch das Recht und vielleicht sogar die Pflicht, dort abzustreichen, wo seiner Meinung nach der Staat des Guten zuviel tut. Wenn ich mich aber in dieser Beziehung irre, muß ich dem geistreichen Schauspieler und Kabarettisten Werner Fink recht geben, der einmal den Begriff „**Staatshaushalt**“ mit folgenden Worten interpretiert hat: „Der Staatshaushalt ist

ein Haushalt, in dem alle mitessen möchten, aber niemand Geschirr spülen will.“

(Heiterkeit)

Sie alle wissen von Ihrer Frau oder vielleicht auch aus eigener Erfahrung, wie unangenehm das Geschirrspülen nach einem reichlich gedeckten Tisch ist. Ich bitte Sie deshalb, die Sie an diesem Haushalt, an diesem reichlich gedeckten Tisch teilhaben,

(Zuruf des Abg. Dr. Vorndran)

mir nicht das Geschäft des Geschirrspülens allein zu überlassen.

(Abg. Gabert: Da brauchen wir eine Maschine!)

Eine Maschine wäre schon wieder ein Haushaltsaufwand, Herr Kollege!

(Abg. Gabert: Der wäre aber gut angelegt!)

Meine Damen und Herren! Wohlstand und Wohlergehen im Staat und in der Familie sind trügerisch, wenn wir nicht bereit sind, sie mit entsprechenden Opfern zu erkaufen. Treten Sie mit dieser Erkenntnis und dem Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung von Regierung und Landtag nunmehr in die Einzelberatungen ein! Das ist meine herzliche Bitte an Sie alle.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Erster Vizepräsident Dr. Hoegner: Meine Damen und Herren! Freiwillige Geschirrspüler können sich beim Herrn Finanzminister melden.

(Heiterkeit — Zuruf: Geschirrspülmaschine!)

Nunmehr sind alle Gegenstände der Tagesordnung behandelt. Die nächste Vollsitzung, die letzte vor Weihnachten, findet in der Woche vom 13. bis 18. Dezember statt. Zeit und Tagesordnung werden vom Ältestenrat gemäß § 102 der Geschäftsordnung festgesetzt werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 10 Uhr 51 Minuten)